

Landtagswahl Bayern

Auszüge zur Gesundheitsversorgung/Pflege in den aktuellen Wahlprogrammen (Stand August 2023)

| Partei | Pflege/Gesundheitsversorgung |
|--|--|
| <p>CSU Regierungsprogramm 2023-2028 <i>„Für ein starkes und stabiles Bayern“</i> <i>„In Bayern lebt es sich einfach besser“</i></p> | <p>S. 20: Wir garantieren beste Gesundheitsversorgung und Pflege in ganz Bayern</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Pflege ist eine Frage von Respekt und Würde. Wir wollen deshalb den Rahmen für beste Pflege schaffen. • Klimaschutz und Gesundheit gehen Hand in Hand. Mit hoher Priorität wollen wir die Weichen im Gesundheits- und Pflege-sektor rechtzeitig stellen – gemeinsam mit den Kommunen • Mehr Ärzte ausbilden; Ausbau Landarztförderprogramm, Stipendienprogramm Medizinstudierende • Pflegenden Angehörige: Landespflegegeld • Menschliche Pflege sichern: Ausbau Pflegeinfrastruktur (bis 2028 8000 neue Pflegeplätze fördern) • Wir wollen dringend mehr Fachkräfte in den Pflegeberuf bringen. Dazu brauchen wir angemessene Bezahlung und attraktive Rahmenbedingungen. Gemeinsam mit den Einrichtungen wollen wir neue Ansätze wie etwa Springermodelle und Springerpools entwickeln und umsetzen. Leiharbeitskräfte können eine Ergänzung, aber keine Dauerlösung sein. • Wir wollen Schnellverfahren für die Gewinnung von ausländischen Pflegekräften starten. Wir laden damit gezielt Fachleute aus dem Ausland ein, bei uns zu arbeiten. Dafür wollen wir die betriebliche Integration durch gezielte Förderung unterstützen und schnellere Verfahren ermöglichen. • Begleitung auf der letzten Etappe des Lebens geben: Pflegerinnen und Pfleger sind eine der wichtigsten Stützen unserer Gesellschaft. Besonders gilt dies für die Arbeit in der Palliativ-Medizin und in den Hospizen. |
| <p>SPD Das Zukunftsprogramm der Bayern SPD <i>„Zukunft für Bayern</i> <i>Soziale Politik für Dich“</i></p> | <p>S. 21: Gesundheit und Pflege</p> <ul style="list-style-type: none"> • ... wollen wir für gute Krankenhäuser und Pflege die Förderung des Freistaats auf rund eine Milliarde Euro für die Krankenhäuser aufstocken und die Pflegeheime ordentlich finanzieren – ebenso Kindermedizin und Geburtshilfe nach dem medizinischen Bedarf. • Förderung soziale Quartiersentwicklung, die Möglichkeiten für gruppenübergreifende Kontakte schafft und sozialer Vereinsamung vorbeugt. Um Einsamkeit im Alter vorzubeugen, lernen wir von dem Erfolg des Rheinland-Pfälzischen Projekts „Gemeindeschwester Plus“. Wir etablieren damit unter anderem Gemeinde-Lots*innen, die ältere Menschen beraten, die noch keine Pflege brauchen, sondern Unterstützung |

| | |
|--|--|
| | <p>und Beratung in ihrem aktuellen Lebensabschnitt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Studienplätze für den Gesundheits- und Pflegebereich müssen ausgebaut und finanzielle Hürden zur Aufnahme und/oder Durchführung dieser Studiengänge abgebaut werden. • Wir sehen Gesundheitsversorgung und Pflege als zusammenhängende Bereiche der Daseinsvorsorge. Deshalb unterstützen wir die Zusammenarbeit der verschiedenen Berufsgruppen – der niedergelassenen Ärzte, ambulanter und stationärer Versorgung, Pflege und Rehabilitation – auf Augenhöhe und wollen die gegenwärtige Profitorientierung überwinden. • Wir streben für den ganzen Freistaat eine flächendeckende Gesundheitsplanung vom Hausarzt über Fachärzte, Zahnmedizin, öffentlich organisierte medizinische Gesundheitszentren, Krankenhäuser, Pflege und Rehabilitation an. Um das zu verwirklichen, arbeiten wir mit den Patientenvereinigungen, Krankenkassen, Anbietern, Gebietskörperschaften, Kammern und den Gewerkschaften zusammen. • Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheits- und Pflegebereich leisten Außergewöhnliches. Die dort geleistete Arbeit halten wir nicht für selbstverständlich und sehen wir in ihren Facetten als gleichwertig und unverzichtbar an. Sie verdient nicht nur unsere Wertschätzung, sondern auch entsprechende Bezahlung und menschliche Arbeitsbedingungen. Auch im Gesundheitswesen, dem gesamten Pflegebereich und allen Tätigkeiten in diesem Sektor stehen wir an der Seite der Gewerkschaften bei der Herstellung einer flächendeckenden Tarifbindung. Leiharbeit spaltet die Belegschaften in der Pflege auf besondere Weise und verursacht zusätzliche Kosten in den Einrichtungen und Krankenhäusern. Wir werden sie schrittweise auf Null reduzieren. Dazu werden wir vor allem gleiche Bezahlung und gleiche Behandlung für alle Beschäftigten durchsetzen, um die jetzt entstehenden Nachteile für die Stammbeslegschaft beispielsweise bei der Bezahlung, der Schichtarbeit oder besonders belastenden Tätigkeiten auszugleichen. • Besonderen Wert legen wir auch auf gleichwertige, bedarfsgerechte pflegerische und medizinische Angebote für Menschen mit Behinderungen. • wir investieren auch in die Ausbildung in den Pflegeberufen und den anderen Gesundheitsberufen. Wir sichern die Qualität und die Ausbildungsbedingungen, sorgen für Durchlässigkeit, geregelte Weiterbildungen und Aufstiegsmöglichkeiten. Wir wollen die Ausbildungen in allen Berufen im medizinischen und pflegerischen Bereich, auch beispielsweise in der Logopädie, Ergotherapie, Physiotherapie nach den Regeln des Berufsbildungsgesetzes gestalten. • Gute medizinische und pflegerische Versorgung hängt von der Arbeit der dort Beschäftigten ab. Angesichts des Kräftemangels, des steigenden Bedarfes und der chronischen Überlastung des Personals bedarf es besonderer Anstrengungen: Reduzierung der Belastungen durch verbindliche Regeln bei der Personalbemessung und Personalausstattung, entlastende Arbeitszeitregelungen, auf den spezifischen Bedarf ausgerichtete Kinderbetreuung, Anreize zum Wiedereinstieg in den Beruf und zur Aufstockung von Teilzeitarbeit. • Der Bedarf an Pflege- und Gesundheitsleistungen wird in den nächsten Jahren dynamisch wachsen. Der Freistaat trägt auch im Bereich der Pflegedienste und –einrichtungen eine hohe Verantwortung. Diese kann weder dem Markt überlassen noch den Kommunen allein aufgebürdet bleiben. Der Freistaat kann und muss Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen beispielsweise durch umfassende, wohnortnahe Beratungsangebote, Pflegestützpunkte und bedarfsgerechte Dienstleistungsangebote entlasten. • Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Wir wollen die Gewinnentnahme für private Betreiber von Kliniken und stationären Pflegeeinrichtungen sowie für MVZs regulieren. Gewinne sollen vorrangig in die Versorgungsqualität reinvestiert werden. Wir wollen die Rekommunialisierung von Kliniken und stationären Pflegeeinrichtungen fördern und Privatisierungen einschränken. • Wir wollen das Gesundheitswesen und die Pflege vor rechtswidrigen und kriminellen Praktiken schützen. |
|--|--|

| | |
|---|---|
| | <ul style="list-style-type: none"> • Wir werden den Bau von Werkwohnungen für Pflegekräfte und öffentlich Bedienstete fördern und massiv ausweiten. |
| <p>Bündnis 90/Die Grünen Regierungsprogramm <i>„Für unser schönes Bayern“</i></p> | <p>S 68: Hochwertige Pflege und Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Bayern</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zudem werden wir in diesem Bereich die Möglichkeiten für Teilzeitausbildung und assistierte Ausbildung ausbauen und diese insbesondere auch für landesrechtlich verfasste Ausbildungswege öffnen. Dazu gehören zum Beispiel die Berufe Kinderpfleger*in, Pflegefachhelfer*in und Altenpflegehelfer*in. • Wir unterstützen gemeinsame, intersektorale Planungsansätze. Das Konzept der Gesundheitsregionen Plus entwickeln wir weiter und gehen bestehende Probleme an. Erfolgreiche Projekte verstetigen wir unter der Vermeidung von Doppelstrukturen. Die Kommunen können gemeinwohlorientierte, interprofessionelle Gesundheits- und Pflegezentren errichten oder in die Trägerschaft gemeinnütziger Vereine übergeben. Diese Initiativen wollen wir unterstützen und damit die Zusammenarbeit der verschiedenen Gesundheitsberufe stärken. Unsere Vision ist eine vernetzte, koordinierte Gesundheitsversorgung, bei der Arztpraxen, Gesundheitsämter, Pflegedienste und Krankenhäuser kooperieren und durch mobile Praxisteams und Apotheken etc. ergänzen. • Beim Neu- und Umbau von Krankenhäusern machen wir Hitze- und Klimaschutz verpflichtend, bei Pflegeeinrichtungen fördern wir diesen. • Zur Prävention vor Überlastung führen wir Gemeinde-Notfallsanitäter*innen, interdisziplinäre sozialpsychiatrische beziehungsweise notfallpflegerische Teams ein und schaffen eine gesetzliche Regelung für den vorbeugenden Rettungsdienst. • Die Coronapandemie hat die Schwachstellen unseres Gesundheitssystems deutlich offengelegt. Ob Fachärztin oder Pflegeassistentin, ob Physiotherapeut oder Hebamme – Gesundheitsberufe brauchen bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung. • Deshalb müssen wir nichtärztliche Gesundheitsberufe endlich stärker in die Versorgung einbinden und sie mit mehr Kompetenzen und Verantwortung ausstatten. Das gilt für Pflegekräfte, Community Health Nurses, Hebammen oder Therapieberufe wie Logo-, Ergo-, Physiotherapeut*innen und Medizinische Fachangestellte. Besonders kommunale Hausarztpraxen auf dem Land unterstützen wir in Zukunft mit mehr nichtärztlichen Praxisassistent*innen oder Versorgungsassistent*innen. • Die Ausbildungssituation für alle Gesundheitsberufe muss auf den tatsächlichen Bedarf hin überprüft werden. Kapazitäten zum Beispiel bei den Medizin-Studienplätzen, Pflegeausbildungs- und -studienplätzen insbesondere in der Kinderkrankenpflege oder medizinischen Fachausbildungen müssen angepasst und entsprechend erhöht werden. <p>Gute Pflege mit besseren Arbeitsbedingungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Über den Ausbau von ambulanter Pflege sowie von Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege und Angebote wie Nachbarschaftszentren sichern wir Pflege rund um die Uhr ab und entlasten so auch pflegende Angehörige, die noch immer den Großteil der Unterstützung leisten. • Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Städte und Gemeinden ihre Pflegeinfrastruktur im Interesse der Bevölkerung gestalten und vorrangig freigemeinnützige und kommunale Träger berücksichtigen können, um bezahlbare Angebote zu schaffen. • Gute Pflege gelingt nur mit ausreichend Personal und besseren Arbeitsbedingungen. Durch die Übertragung ärztlicher Leistungen auf qualifizierte Pflegefachpersonen kann nicht nur die Berufszufriedenheit erhöht werden, sondern insbesondere in Pflegeheimen die Versorgungsqualität der Bewohner*innen verbessert und die Einweisungsquote in Kranken- |

| | |
|--|--|
| | <p>häuser minimiert werden. Außerdem wollen wir mit einem verbesserten Pflegeschlüssel, einer bedarfsgerechten Akademisierung der Pflegeausbildung, mehr Ausbildungsplätzen und besserer Bezahlung den Pflegeberuf wieder attraktiver machen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Um den Weg zur pflegerischen Professionalisierung zu ebnen und pflegerische Aufgaben- und Kompetenzprofile zu definieren, werden wir die Vereinigung der Pflegenden in Bayern zu einer Pflegekammer ausbauen. Damit werden Pflegende in ihrer politischen Einflussnahme gestärkt. • Integration: Geordnete Verfahren sind für uns essenziell. Wir wollen die Einwanderung aktiv gestalten. Deswegen bauen wir Hürden ab, die Menschen mit Migrationsgeschichte beim Zugang zum Arbeitsmarkt benachteiligen. Wir verbessern die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen, denn auch in anderen Ländern erhalten Krankenpfleger oder Ingenieurinnen eine gute Ausbildung. So erleichtern wir die Integration und wirken unserem Fach- und Arbeitskräftemangel schneller entgegen. Wir investieren mehr in Nach- und Weiterqualifizierung. Für Asylbewerber*innen verbessern wir den Zugang zum Arbeitsmarkt, Arbeitsverbote schaffen wir ab. Wir starten gemeinsam mit den Kammern und Verbänden eine Qualifizierungsoffensive in Mangelberufen, um das Nachholen eines Berufsabschlusses zu ermöglichen. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst fördern wir gezielt. |
| <p>FDP Landtagswahlprogramm Bayern <i>„Das Beste liegt vor uns.“</i></p> | <ul style="list-style-type: none"> • In allen Landesteilen wollen wir bezahlbaren Wohnraum, eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und eine gute medizinische und pflegerische Versorgung sicherstellen. • Standards für die Pflegeberatung einführen und flächendeckend ausbauen: Wir fordern einheitliche Standards für die Pflegeberatung. Außerdem setzen wir uns für den flächendeckenden Ausbau der Pflegeberatungsinfrastruktur ein, zum Beispiel an Pflegestützpunkten. Hier wollen wir auch die Telepflege stärker einbeziehen. Aktuell gibt es keine einheitlichen Standards bezüglich der Pflegeberatung – weder im Freistaat noch auf Bundesebene. Um dies zu ändern und eine hohe Qualität der Beratung unabhängig vom Wohnort zu gewährleisten, fordern wir die Festlegung von verpflichtenden Standards für die Pflegeberatung. Damit in Bayern flächendeckend Pflegeberatungsangebote zur Verfügung stehen, wollen wir Anbieter wie Pflegestützpunkte noch besser fördern. Online-Beratungen zu Fragen rund um die Pflege sowie ein Notruftelefon mit Video-Option für pflegende Angehörige wären eine sinnvolle Ergänzung der Unterstützungsangebote für Angehörige und Betroffene. • Enquete-Kommission zur Pflege in Bayern einsetzen Wir fordern die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Sicherung der pflegerischen Versorgung in Bayern. Der Landtag soll eine solche Kommission nach §§ 31 ff. der Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags einrichten. Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen oder Sachsen-Anhalt sind diesen Weg bereits mit Erfolg gegangen. Die einzusetzende Enquete-Kommission „Pflege in Bayern“ soll politische Maßnahmen erarbeiten, welche die pflegerische Versorgung in Bayern über die nächsten Jahrzehnte hinweg sicherstellen soll. Sie kann helfen, die drohende Pflegekatastrophe im Freistaat abzuwenden. Unser Ziel ist die Einsetzung zu Anfang der kommenden Legislaturperiode. • Fachkräftemangel in der Pflege und der Eingliederungshilfe therapieren: Wir fordern eine Fünf-Punkte-Strategie, um die Probleme in der Pflege und der Eingliederungshilfe effektiv anzugehen: Fachkräfte sichern, Ressourcen aktivieren, Fachkräfte zurückholen, Fachkräfte ausbilden und (ausländische) Fachkräfte anwerben. Aus unserer Sicht reicht es im Kampf gegen den Fachkräftemangel in der Pflege und in der Eingliederungshilfe nicht mehr aus, nur auf eine Maßnahme zu setzen. Vielmehr muss die Politik an vielen verschiedenen Stellen ansetzen, um den Bedarf an professioneller Pflege zu decken. Aktuell fehlen laut Aussage der Bundesregierung rund 5000 Pflegekräfte in Bayern. Fachleute sprechen bis 2030 von über 60.000 unbesetzten Stellen – mit steigender Tendenz. Mit unserer Fünf-Punkte-Strategie wollen wir dem Fachkräftemangel in der Pflege und der Eingliederungshilfe den Kampf |

ansagen. Unter anderem wollen wir durch eine Verbesserung des Pflegeschlüssels dafür sorgen, dass nicht noch mehr Fachkräfte der Pflege den Rücken kehren. Darüber hinaus wollen wir bereits ausgeschiedene Pflegekräfte durch eine Rückholkampagne zur Rückkehr in den Beruf motivieren. Die Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachkräfte wollen wir vereinfachen und beschleunigen. Hierfür unterstützen wir die Zentralisierung der Verfahren beim Landesamt für Pflege. Auch fordern wir die verstärkte Ausbildung von ausländischen Pflegekräften in Bayern mithilfe von unbürokratischen Anerkennungsverfahren und fachbezogenen Sprachkursen. Die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen hierfür müssen verbessert werden.

- **Fachkraftquote in Pflegeheimen und Eingliederungshilfe reformieren:** Wir fordern die Abkehr von der starren Fachkraftquote in stationären Pflegeeinrichtungen. Die Quotenregelung muss auf Grundlage der Erkenntnisse aus der Rothgang-Studie schnellstmöglich in ein neues Personalbemessungsinstrument für die Langzeitpflege überführt werden. Die aktuelle Fachkraftquote von 50 Prozent in stationären Pflegeeinrichtungen bringt mehr Probleme, als sie löst. Im Leistungsrecht wird bereits an einer wissenschaftsbasierten Vergütungslogik gearbeitet. Es wird nun höchste Zeit, dass das Ordnungsrecht in Bayern entsprechend nachzieht. Deshalb fordern wir die Staatsregierung dazu auf, die Fachkraftquote nach § 15 (1) 2 AVPfeWoqG schnellstmöglich entsprechend den Ergebnissen dieser Studie zu reformieren und ein neues Personalbemessungsinstrument für die Langzeitpflege zu erarbeiten.
- **Heimaufsicht reformieren:** Wir fordern eine Reform der Heimaufsicht in Bayern. Dazu zählen eine Zusammenlegung der Heimaufsichten mit dem Medizinischen Dienst, die Einführung eines Bayerischen Pflegemonitorings, mehr und besser qualifiziertes Personal sowie eine Bündelung der ordnungsrechtlichen Aufgabe der Heimaufsicht bei den Regierungsbezirken.
- **Nachbarschaftspflege „Buurtzorg“ in Bayern ermöglichen:** Wir wollen in Bayern die Rahmenbedingungen für Nachbarschaftspflegekonzepte wie „Buurtzorg“ schaffen. Vor allem den eigenverantwortlichen Ansatz des Konzepts wollen wir in der Pflegeausbildung verankern. Die niederländische Bewegung „Buurtzorg“ (deutsch: „Nachbarschaftspflege“) fußt auf den Prinzipien der Subsidiarität und selbstverantworteter Teams. Leider scheitert eine Finanzierung durch die Kostenträger häufig, da nach Zeit und nicht nach Leistungskomplexen abgerechnet wird. Wir möchten, dass sich der Freistaat Bayern dafür einsetzt, diese Finanzierungslogik zu durchbrechen – zur Not auch mit eigenen Finanzierungsmodellen.
- **Mehr Zeit für Menschlichkeit: Medizin und Pflege entbürokratisieren:** Wir wollen Medizin und Pflege entbürokratisieren. Wir fordern daher die Einsetzung einer Expertenkommission zur Entbürokratisierung des Gesundheitssystems im Freistaat sowie der bayerischen Pflegegesetze (zum Beispiel AVPfeWoqG). Nicht nur die Bürokratie, sondern auch unsinnige Gesetze lähmen die Innovationskraft von Anbietern und gehören auf den Prüfstand. Viele Leistungserbringer in Medizin und Pflege haben große Probleme damit, die geltenden Anforderungen einzuhalten. Bauliche, konzeptionelle und personalbezogene Vorschriften sowie umständliche und unsinnige Dokumentationspflichten schnüren die unternehmerische Freiheit ein und behindern teilweise die Versorgung von Menschen. Wir müssen den Leistungserbringern wieder mehr Vertrauen schenken und die Bürokratie auf ein Minimum reduzieren. Hierfür soll eine Kommission aus Fachleuten einberufen werden.
- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Pflege fördern:** Als FDP Bayern ist uns die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in der Pflege ein besonderes Anliegen. Deshalb werden wir in Kooperation mit den Kommunen modellhaft Förderangebote zur Entlastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Pflegeberufen etablieren. Der Freistaat soll sich hierzu finanziell an arbeitsplatznahen Maßnahmen wie etwa 24-Stunden-Kitas oder der Nachtpflege beteiligen. Auch Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements müssen verstärkt eingesetzt werden, um Pflegepersonal vor gesundheitlicher und psychischer Überlastung zu schützen. Außerdem sollte sich der Freistaat aus unserer Sicht auch an Projekten beteiligen, die dafür sorgen, dass Pflegekräften besonders in Ballungsgebieten günstiger Wohnraum zur Verfügung steht. Pflege ist kein „Nine to five“-Job. Viele Pflegebedürftige benötigen den ganzen Tag Unterstützung und

| | |
|--|--|
| | <p>Betreuung. Dass die damit einhergehenden Arbeitszeiten zu Problemen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf führen, versteht sich von selbst. Aktuell gehen in Bayern zwei Drittel der stationären und sogar drei Viertel der ambulanten Pflegekräfte in Bayern einer Teilzeitbeschäftigung nach, zumeist aus familiären Gründen. Daneben müssen auch die Arbeitsbedingungen in der Pflege generell verbessert werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbildung zur Pflegefachhelferin / zum Pflegefachhelfer finanzieren: Wir wollen bei Neugründungen von Pflegeschulen die einjährige Ausbildung zur Pflegefachhelferin/ zum Pflegefachhelfer bereits ab dem ersten Jahr in vollem Umfang finanzieren. Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz werden wir dahingehend ändern. Der Personalmangel in der Pflege ist eine der größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft. In der Zukunft fehlen nicht nur examinierte Pflegefachkräfte: Auch das angelernte Hilfspersonal wird dringend benötigt und händeringend gesucht. Allerdings wird die einjährige Ausbildung von Helferinnen und Helfern vom Freistaat Bayern in den ersten Jahren nach Schulgründung bis zur staatlichen Anerkennung nicht voll, sondern lediglich teilfinanziert. Dieser Umstand hindert viele Bildungsträger daran, neue Schulen zu gründen und ein entsprechendes Angebot an Kursen zur Verfügung zu stellen. • „Vereinigung der Pflegenden in Bayern“ weiterentwickeln: Wir fordern die Schaffung eines Pflegerings, der ohne Zwangsmitgliedschaft und finanzielle Abhängigkeit vom Staat die Interessen der Pflegenden vertreten kann. Dieser soll bei allen pflegerelevanten Themen in der Politik Gehör finden. Der Mitgliedsbeitrag für Pflegenden muss staatlich besonders gefördert werden. Eine Pflegekammer lehnen wir ab. Eine starke Interessenvertretung für die Pflege ist eine wichtige Grundlage zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Allerdings sehen wir, dass das Konzept der verpflichtenden Pflegekammer weder von den Angehörigen des Berufs angenommen wird, noch mit unseren Prinzipien der Selbstbestimmung und Freiwilligkeit konform geht. In Bayern wurde 2018 die „Vereinigung der Pflegenden in Bayern“ gegründet. Wir begrüßen dieses System, möchten aber eine stärkere Unabhängigkeit vom Freistaat erreichen. • Digitalisierungsbudget für Gesundheitseinrichtungen einführen: Wir möchten Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser dabei unterstützen, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen. Durch den flächendeckenden Einsatz von digitalen Dokumentationsmethoden und Assistenzsystemen schaffen wir insbesondere in der Pflege mehr Freiraum und entlasten die Fachkräfte zeitlich und körperlich. Hierfür wollen wir die Bundesförderprogramme mit eigenen bayerischen Digitalisierungsbudgets ergänzen. Bei der Beschaffung muss auf bundesweite Interoperabilität und schulungsunabhängige Bedienbarkeit geachtet werden. • Bürgerkommunen fördern: Wir wollen der Förderung von Bürgerkommunen in Bayern stärkeres Gewicht verleihen. Aus unserer Sicht muss das Förderprogramm SeLA (Selbstbestimmt Leben im Alter) hinsichtlich Förderdauer und -höhe evaluiert und weiterentwickelt werden. Der Sozialraum stellt in Hinblick auf die (pflegerische) Versorgung der Bevölkerung eine weitgehend ungenutzte Ressource dar. Durch den Aufbau von Nachbarschaftshilfen oder Begegnungsräumen lassen sich ganz neue Formen der sozialen Infrastruktur aufbauen, die jedoch – zum Beispiel durch ein Quartiersmanagement – professionell moderiert werden müssten. Der Ausbau und die Entbürokratisierung von Förderprogramm wie SeLA ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. • Digitalisierung im Gesundheitswesen: E-Health in Bayern ausbauen: Wir unterstützen die Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) und weiterer digitaler Gesundheitsanwendungen – solange sie funktionell und unbürokratisch die Versorgungsqualität verbessern. Bei der Digitalisierung der Pflege wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern. Ein digitales Gesundheitssystem umfasst aus unserer Sicht den gesamten Prozess der Behandlung. Es beginnt bei der Terminbuchung über Onlineportale, ermöglicht telemedizinische Konsultationen, digitale Patientenbeobachtungen und -behandlungen sowie die Ein-Klick-Abrechnung mittels E-Rezept. Dabei stellen wir den selbstbestimmten Patienten in den Mittelpunkt: Patientinnen und Patienten haben in einem digitalen und vernetzten Gesundheitssystem selbst die Hoheit über ihre Gesundheitsdaten in der elektronischen Patientenakte. Sie entscheiden zu jeder Zeit, was mit ihren Daten geschieht. Auch die Pflege braucht dringend einen Digitalbooster. Wir setzen uns dafür ein, dass die Digitalisierung bei den |
|--|--|

| | |
|---|--|
| | <p>Pflegesatzverhandlungen zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern konsequent mitbedacht wird. Die Digitalisierung muss zudem stärker in die Pflegeausbildung einbezogen werden. Institutionen wie das Bayerische Forschungszentrum Pflege Digital oder das Netzwerk Pflege Digital - CARE REGIO wollen wir weiter fördern. Zudem muss die Bayerische Online-Pflegeplatzbörse zeitnah ans Netz gehen. Wir wollen Pflegeroboter, Smart Home, Wearables und weitere technische Unterstützung für die Pflege als Schwerpunkt bayerischer Politik strategisch vorantreiben und die Forschung deutlich intensivieren. Damit soll die Selbständigkeit gestärkt und das Pflegepersonal entlastet werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Krankenhaus und Bedarfsplanung reformieren: Wir wollen die medizinische und pflegerische Bedarfsplanung in Bayern auf neue Füße stellen. Hierfür fordern wir eine Reform hin zu einer überregionalen und intersektoralen Bedarfsplanung, die den ambulanten und stationären Bereich im Blick hat. Die Krankenhausplanung im Freistaat muss diesbezüglich und in Hinblick auf die kommende Krankenhausstrukturreform des Bundes aktualisiert werden. Die bayerische Krankenhauslandschaft braucht dringend ein Update. Der Fachkräftemangel und steigende Kosten machen eine andere Krankenhausplanung nötig. Dabei müssen die Qualität und die Versorgungssicherheit der Menschen im Mittelpunkt stehen. Um die Notfallversorgung gerade in ländlichen Räumen sicherstellen zu können, sollten manche Standorte auch zu integrierten Versorgungszentren weiterentwickelt werden. Diese wollen wir besonders fördern, ebenso wie Kooperationen von Klinikverbänden. Die Krankenhaus- sowie die ambulante Bedarfsplanung im Freistaat muss in Hinblick auf eine intersektorale Bedarfsplanung weiterentwickelt werden. Den Strukturwandel im Gesundheitswesen werden wir mit zusätzlichen Investitionsmitteln des Freistaats begleiten. Auch der Patiententransport muss sich mit dem Gesundheitssystem weiterentwickeln. • Wir wollen das Landespflegegeld abschaffen. Die freigewordenen Mittel werden wir dafür nutzen, die pflegerische Versorgung im Freistaat strukturell zu verbessern – zum Beispiel durch die Finanzierung von innovativen Versorgungsformen wie Demenzdörfern. |
| <p>Freie Wähler Wahlprogramm Landtagswahl Bayern „Anpacken für Bayern“</p> | <p>S. 31: Gesundheit und Pflege: Gesundheitsvorsorge und Pflege sind zentrale gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Der Mensch muss immer im Mittelpunkt stehen, die Würde des Menschen ist unantastbar. Dies gilt vom ersten bis zum letzten Lebensabschnitt, vom ersten bis zum letzten Atemzug. Würdiges Altwerden in den eigenen vier Wänden soll weitgehend möglich sein.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern: Kind, Pflege und Karriere! • Pflege muss höheren Stellenwert bekommen: Pflegeberufe sind systemrelevant. Unsere Gesellschaft muss noch deutlicher erkennen, welche gesellschaftlichen Bereiche wichtig sind. Wir wollen deshalb eine unabhängige Berufsstandvertretung in der Pflege einrichten. Die Pflege ist eine gesellschaftspolitische Kernaufgabe, die es mit Nachdruck zu verbessern gilt. Pflegenotstand ist Politiknotstand. Wir mahnen seit Jahren an, dass wir in Deutschland im Pflegebereich massive Verbesserungen benötigen. • „Pflege-SOS“-Dienst weiter ausbauen • Attraktivität der Pflegeberufe steigern • Pflegestipendienprogramm ausbauen • Pflegestützpunkte flächendeckend ausbauen • Besserer Personalschlüssel in Pflegeeinrichtungen, auch nachts • „Gemeindegewerkschaft plus“ flächendeckend als ergänzendes Pflegeangebot einführen • Erhöhung des Landarztstipendiums • Mehr Ärzte für Bayern – weiterer Ausbau der Medizinstudienplätze |

Stand August 2023

Information und Kontakt

Bayerischer Landespflegerat (BLPR)

Vorsitzende Frau Generaloberin Edith Dürr
Schwesternschaft München vom BRK e.V.
Rotkreuzplatz 8
80634 München

www.bayerischer-landespflegerat.de